

Referendum Frontex – Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes

Worum geht es?

Die EU rüstet seit 2016 ihren Grenz- und Küstenschutz mit mehr Personal und technischer Ausrüstung auf, damit die «Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex)» ihre Aufgaben im Grenz- und Rückkehrbereich besser wahrnehmen kann. Da es sich um eine Schengen-Weiterentwicklung handelt, ist auch die Schweiz an diesem Ausbau beteiligt. Der finanzielle Beitrag der Schweiz steigt bis 2027 von ursprünglich 14 Millionen Franken pro Jahr auf rund 61 Millionen Franken pro Jahr. Zudem soll die Schweiz Frontex mehr Personal zur Verfügung stellen.

Die Vorlage wurde von beiden Räten im Oktober 2021 verabschiedet. Das Referendum wurde von mehreren linken NGOs ergriffen und von den Grünen und der SP unterstützt.

Das sagt das Referendumskomitee

Nein zur Festung Europa

Schengen stellt innerhalb Europas die Bewegungsfreiheit vieler Menschen sicher – der Abbau der Grenzkontrollen ist eine grosse Errungenschaft. Leider ging Schengen mit dem Aufbau eines unmenschlichen Regimes an Europas Grenzen einher, das massgeblich von Frontex getragen wird. Frontex duldet «Pushbacks»: die aktive, teilweise gewalttätige Abweisung der Flüchtenden an der Grenze, deren Grundrecht auf Schutz vor Verfolgung damit missachtet wird.

Nein zu einem unkontrollierten Schengen-Grenzschutzkorps

Die Übernahme und die Umsetzung dieser Schengen-Weiterentwicklung führt zu einer massiven Ausweitung des Mandats Frontex' und einer bisher beispiellosen Zunahme der personellen Ressourcen: Frontex wird faktisch zu einem Schengener Grenzschutzkorps – Fragen zum Schutz der Menschenrechte und des Datenschutzes bleiben ungeklärt, eine unabhängige Überwachungsinstanz steht nicht zur Verfügung.

Nein zum erschwerten Zugang zum Asylverfahren

Wenn Grenzkontrollen weiter verstärkt werden, müssen Personen mit Schutzbedarf noch grössere Gefahren auf sich nehmen. Ihr Zugang zu einem Asylverfahren in einem sicheren Land wird noch stärker erschwert. Legale Zugangswege für Schutzsuchende müssen dringender denn je geschaffen werden, beispielsweise durch die Wiedereinführung des Botschaftsasyls.

Nein zur Kooperation mit undemokratischen Regimen

Zur Ausführung ihrer Aktivitäten ist Frontex nicht nur direkt an den EU-Aussengrenzen sowie innerhalb der europäischen Länder im Einsatz, sondern über die konstant erhöhte Auslagerung des EU-Migrationsregimes auch in immer mehr Drittstaaten. Die Agentur arbeitet aktiv mit über 20 Ländern ausserhalb der EU zusammen. Dabei kooperiert Frontex beispielsweise mit der libyschen Küstenwache, welche migrantische Boote abfängt und gewaltsam zurück nach Libyen schleppt, wo Migrant:innen unter massiv gewaltvollen Bedingungen festgehalten werden.

Das sagen die Befürworter der Vorlage

Die Teilnahme an Schengen steht auf dem Spiel

Der erhöhte Beitrag an Frontex ist eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes. Im Assoziationsabkommen mit der EU von 2004 wird festgehalten, dass der Schweiz rechtliche Weiterentwicklungen mitgeteilt werden und sie dann die Möglichkeit hat, diese zu übernehmen oder abzulehnen. Wenn die Schweiz eine Rechtsänderung des Schengen-Besitzstandes innert der vorgegebenen Frist nicht übernimmt, wird das Assoziierungsabkommen als beendet angesehen, es sei denn, der Gemischte Ausschuss (GA) beschliesse innert 90 Tagen etwas anderes. Die Schweiz würde

im schlimmsten Fall den Zugriff auf unzählige Datenbanken und Informationssysteme verlieren, die essenziell für die Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung sind.

Misstände durch Teilnahme bekämpfen

Die Problematik von «Pushbacks» an einzelnen Aussengrenzen wird sich nach einem Austritt der Schweiz nicht auflösen. Die Bekämpfung asylrechtlich unzulässiger Methoden kann viel effektiver bekämpft werden, wenn die Schweiz auch mit Personal des Grenzschutzkorps dabei ist und auf allfällige Misstände bezüglich Rechtsverletzungen hinweisen kann.

Solidarischer Beitrag an Grenzschutz Europas

Die Schweiz profitiert von vielen Vorteilen des Schengen-Systems. Die Sicherheit der Schweiz wird unter anderem auch mit einer sicheren Schengen-Aussengrenze gewährleistet. Es ist deshalb richtig, dass sich die Schweiz mit Geld und Personal solidarisch an diesen System beteiligt.

Sicherheit der Schweizer Grenzen und demokratische Kontrolle ist gewährleistet

Die Frontex-Einsätze unterliegen neu einem ähnlichen Genehmigungsverfahren wie die Militäreinsätze im Ausland. Über Einsätze bis sechs Monate befindet der Bundesrat, über sechs Monate die Vereinigte Bundesversammlung. Das Kontingent der Grenzschützer an der Schweizer Grenze ist davon nicht betroffen.

Empfehlung

Der Ständerat empfiehlt die Vorlage mit 30 zu 14 Stimmen bei 0 Enthaltungen zur Annahme. Der Nationalrat empfiehlt die Vorlage mit 88 zu 80 Stimmen bei 28 Enthaltungen zur Annahme. Die Mitte-Fraktion empfiehlt die Vorlage einstimmig zur Annahme.